

»ZU ALLEN TEILBEREICHEN REGELWERKE ...«

8. Wissenschaftliche Arbeitstagung zur Reform der deutschen Orthographie (23. bis 28. September 1990)

(Mit einem Ausflug zur vermeintlichen »Komma-Killerin« Sybille)

von Wolfgang Mentrup

»Damit liegen nunmehr zu allen Teilbereichen Regelwerke vor« – so lautete im Schlußprotokoll die lakonische Gesamtbilanz der Arbeit, die acht Tagungen dieser Art ausfüllte.

Diesen Schlußstrich zu ziehen ist möglich, nachdem mit der Verabschiedung der Regeln zu den Laut-Buchstaben-Beziehungen einschließlich der Fremdwortschreibung sowie zu den »Wortzeichen« wie Apostroph, Ergänzungsstrich, Punkt nach Abkürzungen die letzten und damit alle Bereiche des Regelteils erarbeitet sind. Dazu gehört auch, daß der bisher immer noch an- und ausstehende, weil strittige Einzelfall *das/daß* nunmehr mehrheitlich entschieden wurde, nämlich aus linguistischen und didaktischen Gründen die Schreibung *das* auch für die Konjunktion vorzusehen.

Weiterhin offen blieb als Restposten die leidige Trennung des nicht weniger leidigen *ck* in *Zucker* usw. Einvernehmen bestand hier nur darin, daß das eigentliche Problem weniger auf der Ebene der Trennung als vielmehr auf der Ebene der Schreibung, nämlich *ck* statt *kk*, liege.

Acht Stationen – Vier Arbeitsgruppen

Die acht Stationen auf dem Wege zur Erstellung des Regelteils waren:

| | |
|---------------|---|
| 1980 Basel | } Groß- und Kleinschreibung* |
| 1982 Wien | |
| 1984 Rostock | Worttrennung am Zeilenende* |
| 1986 Mannheim | } Zeichensetzung* |
| 1987 Zürich | |
| 1988 Rostock | Getrennt- und Zusammenschreibung einschließlich Bindestrich |
| 1989 Wien | } Laut-Buchstaben-Beziehungen einschließlich Fremdwortschreibung, »Wortzeichen« |
| 1990 Mannheim | |

Dieser Vorschlag zur Neuregelung der deutschen Rechtschreibung wird von folgenden Arbeitsgruppen vertreten:

- Forschungsgruppe Orthographie des Zentralinstituts für Sprachwis-

senschaft der Akademie der Wissenschaften Berlin und der Universität Rostock

- Wissenschaftliche Arbeitsgruppe des Koordinationskomitees für Orthographie beim Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport, Wien
- Arbeitsgruppe Rechtschreibreform der schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren, Bern
- Kommission für Rechtschreibfragen des Instituts für deutsche Sprache, Mannheim

Aufatmen läßt all dies schon. Denn dies Ergebnis bedeutet u. a., daß vier Gruppen aus vier verschiedenen Ländern mit z. T. sich ändernden internen Strukturen über einen Zeitraum von nunmehr elf Jahren hin trotz stark sich verändernder äußerer Konstellationen bei der Stange blieben bzw. nicht von der Rolle gebracht wurden. Einem solchen langfristigen Unternehmen mag ja vieles in die Wiege gelegt sein – aber wohl kaum eine Garantie dafür, daß es sein Arbeitsziel auch erreicht.

Politische Umwälzungen und Aspekte

Im Mittelpunkt vieler Gespräche auf der diesjährigen Tagung standen:

- die seit der letzten, der 7. Arbeitstagung Oktober 1989 in Wien (vgl. SPRACHREPORT 4/89) umwälzenden politischen Ereignisse insgesamt und vor allem in Deutschland,
- die bereits eingetretenen und im weiteren zu erwartenden Veränderungen im wissenschaftlichen Bereich vor allem im Gebiet der früheren DDR.

Einmütigkeit herrschte darüber, daß die Bemühungen um die Rechtschreibreform auch im Rahmen solcher wissenschaftlichen Arbeitstagungen weiterhin von den vier bisher beteiligten Arbeitsgruppen getragen werden.

Politische Aspekte bestimmten vor allem ein Nachmittagsgespräch, an dem Ministerialrat Dr. Fritz Rosenber-

ger, Vertreter des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Sport und Organisator der bisherigen zwei Sitzungen (1986 und 1990) der amtlichen Wiener Gespräche (vgl. SPRACHREPORT 1/87 und 3/90), sowie Regierungsschuldirektorin Regine Lipowsky, Kultusministerium Rheinland-Pfalz, und Ministerialdirigent Franz Niehl, Kultusministerium Nordrhein-Westfalen teilnahmen.

Beide gehören der von der Kultusministerkonferenz im Dezember 1988 eingesetzten und von Franz Niehl geleiteten Arbeitsgruppe von Fachbeamt(inn)en an. Diese hatte den Auftrag, auf der Grundlage des vom IDS und seiner Kommission im Oktober 1988 auftragsgemäß vorgelegten Vorschlags die Bereiche Worttrennung, Zeichensetzung, Zusammen- und Getrenntschreibung und Fremdwortschreibung (vgl. Kommission für Rechtschreibfragen in der Fußnote) zu prüfen. Nach mehreren Sitzungen – an einer hatten auch Mitglieder der IDS-Kommission teilgenommen – wurde das »Prüfergebnis« verabschiedet, das am Tagungsnachmittag ebenfalls Gegenstand der Erörterung war.

Aus allen in Mannheim vertretenen Ländern wurde die Beobachtung bestätigt, daß die Diskussion über die Neuregelung der Rechtschreibung nach der ersten Phase der emotional bestimmten Aufgeregtheit und Ungereimtheiten seit längerem sehr sachlich und ruhig verläuft; was auch diesem Nachmittag auszeichnete, wobei die sehr gute Atmosphäre besonders zu erwähnen ist.

Wie geht's weiter?

Eine Zwischenstation auf dem Weg zur abschließenden Fertigstellung des gesamten Vorschlags ist im diesjährigen Schlußprotokoll markiert, nämlich die 9. wissenschaftliche Arbeitstagung im Herbst 1991 in der Schweiz mit den Programmpunkten:

- Letzte Lesung und Verabschiedung des Gesamtregelwerks.

– Grundsätze zur Ausarbeitung des Wörterverzeichnisses zum Regelwerk.

Eine – in zweifachem Sinne – weitere Station ergibt sich durch die Festlegung des Termins der 3. internationalen amtlichen Wiener Gespräche auf das Jahr 1993, auf der der komplette Vorschlag verhandelt wird, und zwar auf der sogenannten amtlichen Arbeitsebene.

Für den damit vorgegebenen Zeitrahmen wurde folgendes festgelegt:

Die Koordination der Fertigstellung und die Herstellung des Manuskripts liegen bei der IDS-Arbeitsstelle »Orthographieforschung« (Wolfgang Menstrup). Die in diesem Rahmen anfallenden redaktionellen Arbeiten werden von diesem und Gerhard Augst durchgeführt. Im Wechselspiel zwischen den bisherigen Hauptbearbeitern der Bereiche, den beiden redaktionellen Bearbeitern und den vier Arbeitsgruppen wird bis spätestens Ende 1991 das Regelwerk mit den Kommentaren fertiggestellt und an die deutschsprachigen Länder verschickt. Die Prüfung in den jeweils zuständigen nationalen Behörden dient der Vorbereitung der 3. Wiener Gespräche 1993, bei denen auch das Wörterverzeichnis vorliegen wird.

1995 könnte dann das noch heute amtliche Regelwerk von 1901 außer Kraft und an seine Stelle das neue gesetzt werden.

Soweit die Stationen eines anscheinend noch sehr langen Weges. Bedenkt man jedoch, daß die Bemühungen um eine Reform 1902 begonnen haben und nunmehr 90 Jahre bis heute – erfolglos – andauern, so kürzt sich die Zeitstrecke von heute an bis 1995 enorm, nämlich auf ca. 5 Prozent der Gesamt-Zeitstrecke.

Turbulenzen auch weiterhin

Daß auf dieser »Reststrecke« weiterhin mit aufgeregten und turbulenten Diskussionen auch in den Medien zu rechnen ist, zeigte sich schon eine gute Woche nach der Arbeitstagung. Einige Schlagzeilen in der Presse:

»Ber-lin-er Päd-ago-gen« (Frankfurter Rundschau 9. 10.) – »Rechtschreibung: Kein Alleingang« – »Der ›Kaiser‹ hat keine Chance, aber das Komma wackelt. Berliner Rechtschreib-Vorstoß löst Kontroverse aus – Bis 1995 eine gemäßigte Reform« (Rhein-Neckar-Zeitung 10. 10.) – »Getrennt marschieren?« (Stuttgarter Zeitung 11. 10.) – »Beispiel Berlin« (Taunuszeitung 9. 10.) – »Ach du Schreck, Sybille macht die Kommas weg« (Bild 10. 10.). Und – darauf ist immer Verlaß: auch

die Glossenschreiber und Possenreißer traten wieder in Aktion (Taunuszeitung 13. 10.):

„Kein Alleingang bei Revorm der Rechtschreibung“

Wiesbaden (NP). – Eine „nationale Rechtschreibverwirrung“ befürchtet Rolf Müller, Sprecher der hessischen Landesregierung. Grund: Die vom Berliner Senat geforderte Reform der deutschen Orthographie. Welch Folgen dieses „Vorpreschen eines Bundeslandes“ haben könnte, machte Müller jetzt in einer schriftlichen Stellungnahme an unsere Zeitung deutlich. Ein Auszug:

„Dih hessische Landesregierung wirt sich dehm Alleingang des Bärlicher Senatts zuhr Revorm der teutschen Reschtschreibung nischts anschlihsen. Dih nohtwändige Aektualisihung der aus däm Jaare 1901 stamenden Rägeln muss lenderübergreifend in Teutschland, Österreich unt der teutschsprachigen Schwaiz forgenommen wärden.“

Weitere Textstellen: »Gerade ist die Mauer in Berlin gefallen, schon wird eine neue errichtet. Diesmal nicht aus Beton – diesmal aus Wörtern. Bauherin dieser Sprach-Barrikade: die parteilose Schulsenatorin Sybille Volkholz« (Bild 10. 10.). – »Rechtschreibreform im Alleingang« (Rhein-Neckar-Zeitung 10. 10.). – »Für Duden-Chef Günther Drosdowski ist er sogar ›ein Schritt zurück ins 19. Jahrhundert‹« (Bild 10. 10.). – »Sollte die Kulturhoheit der Länder zur Kulturtiefe sinken? Ein Rückfall in die Zeiten des Dreißigjährigen Krieges ... Die Berliner Senatorin ist parteilos – Unsinn nicht an links oder rechts gebunden« (DH in Taunuszeitung 9. 10.).

Worum es der Senatorin eigentlich geht

Natürlich kann und soll eine Reform der noch heute amtlichen Regeln von 1901 nur länderübergreifend und international in allen beteiligten deutschsprachigen Staaten gemeinsam durchgeführt werden. Darüber besteht allgemeines Einvernehmen aller Beteiligten. Aber das sieht »Komma-Killer« (Rhein-Neckar-Zeitung 10. 10.) Sybille Volkholz, Senatorin für Schule, Berufsbildung und Sport in Berlin, genauso – wie man in ihren zwei Erklärungen (8. 10./9. 10.) hätte nachlesen können.

Wenn aber keine Rechtschreibreform im Alleingang? Worum geht's dann? In der Erklärung vom 8. 10. heißt es:

»Die geplanten Liberalisierungen erstrecken sich auf die Zeichensetzung vor den Konjunktionen ›und‹ bzw. ›oder‹ sowie auf Infinitiv- (wie bei den Finalsätzen ›... um ... zu‹) und Partizipialkonstruktionen (wie bei ›Zum Ausflug bereit war die Klasse auf dem Schulhof versammelt‹). In beiden Fällen soll es danach kein Fehler mehr sein, wenn Kommas nicht gesetzt werden.

Vorgesehen ist darüber hinaus, Worttrennungen künftig nach Sprechsilben vornehmen zu können, wie im Falle von ›Pä-da-ge-ge‹ (bisher nur ›Päd-ago-ge-ge‹), bei ›da-rum‹ (bisher nur dar-um-), bei ›Vo-raus-set-zung‹ (bisher nur ›Vor-aus-set-zung), bei ›hi-nauf‹ (bisher nur ›hin-auf-‹) oder bei ›Fens-ter‹ (bisher nur ›Fen-ster-‹.«

Auch dieses Zitat bestätigt, daß in Berlin die amtlich geltende Regelung von 1901 nicht außer Kraft gesetzt wird. Denn das würde – in der Prägnanz der Bildzeitung (10. 10.) – so aussehen: »Nicht mehr Fen-ster, sondern Fens-ter!« Verallgemeinert: Statt der bisherigen Regelung per amtlichen Beschluß eine neue andere. Doch das steht da nicht und heute noch nicht an, sondern 1995.

Es geht auch nicht darum, wie die eine Schlagzeile oder die andere Glosse suggerieren, daß »dih Schraibung der Wörter revormirt« werden soll. Sondern es geht um einzelne Fallgruppen der Worttrennung und des Kommagebrauchs. Bei diesen sollen Alternativen zur heutigen Regelung nicht mehr als Fehler bewertet werden. Das heißt: Es geht um die Frage der Bewertung von sogenannten Fehlern gegenüber der heutigen Regelung.

Angemerkt sei zunächst, daß für Fremdwörter wie *Pädagoge* bereits in den amtlichen Regeln von 1901 neben der Trennung *Päd-ago-ge* auch *Pä-da-go-ge* vorgesehen war. Doch diese Liberalität blieb durch die expansive Duden-Normierung auf der Strecke.

Die unbegreifliche heutige Regelung

Bezogen auf die beiden Fallgruppen der Zeichensetzung läßt sich feststellen, daß die heutige Schreibwirklichkeit hier alles andere als regelgeleitet und ›in Ordnung‹ ist. In den Schulen gehört die Kommasetzung vor *und*, *oder* usw. und bei Infinitiv- und Partizipgruppen zu den ärgerlichsten Problemzonen, und zwar mit insgesamt steigender Tendenz der Quote der ›Fehler‹ zum Schulende hin. Diese Probleme bleiben auch den Erwachsenen erhalten, wie die Analyse von Komma-›Fehlern‹ in einer Zeitung ergeben hat. Der Grund liegt nicht in der Dummheit

derer, die hier gegen die heutige Regelung verstoßen, sondern in dieser selber: »Eine Regel aber, die keiner begreift, wird mißachtet. Mit einem Unterschied: als Schüler wird man bestraft, als Ministerialbeamter nicht« (Manfred Fritz in Rhein-Neckar-Zeitung 10. 10.).

Doch auch die Lehrer, die die Schüler »bestrafen« (müssen), tun sich mit dieser Regelung schwer. Denn die Frage, wie »Fehler« gegenüber der heutigen Regelung der Zeichensetzung bewertet werden und wie sie sich auf die Zensur niederschlagen sollen, wird heute bei weitem nicht einhellig beantwortet. Auch hier gibt es keine »ordentlich«-einheitliche Praxis. Doch auch dies verwundert nicht. Denn die heutigen Zeichensetzungsregeln gehören mit zu den »Absurditäten«, »wo der Lehrer etwas korrigiert, was er selber auch nicht mehr richtig findet« (Marianne Tidick in Rhein-Neckar-Zeitung 10. 10.). Was sich auch daran zeigt, daß Lehrer bei ihren Korrekturen etwa 10 Prozent der »Fehler« hier entweder übersehen oder nicht zur Kenntnis nehmen.

Bauherrin einer Sprach-Barrikade?
Rückfall ins 19. Jahrhundert – oder in die Zeiten des Dreißigjährigen Krieges?

Reformvorschlag und heutiger Schreibbrauch

Die Berliner Maßnahme im Sinne einer liberalen Beurteilung sogenannter Fehler in bestimmten Teilbereichen versteht sich als »Vorgriff auf zu erwartende Regelungen« (Erklärung vom 9. 10.), die von allen Beteiligten als vernünftig angesehen werden – was auch heißt, daß für die heutige Regelung das Gegenteil gilt.

Die Berliner Maßnahme ist zugleich ein »Rückgriff« auf einen Schreibbrauch, der die aufgedröselten und unpraktikablen Duden-Regeln sozusagen im Sinne einer Selbsthilfe bereits oft negiert und nicht mehr als Bewertungsmaßstab akzeptiert – »Duden«-Regeln deshalb, weil die amtlichen Regeln von 1901 keine Regeln zur Zeichensetzung enthalten.

Anmerkung

* Abgedruckt in: Kommission für Rechtschreibfragen (Hrsg.): Zur Neuregelung der deutschen Rechtschreibung. Band 2 (= Sprache der Gegenwart, Band 77). Berlin 1989, 200–207, 27–29, 3–26.

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Arbeitsstelle »Orthographieforschung« des Instituts für deutsche Sprache und Mitglied in der Kommission für Rechtschreibfragen.